gleich einen ganzen Haufen teurer Leute billig los. Selbstverständlich beharrt man bei Siemens darauf, die vermeintlichen Betrüger hätten ihre Bosse „menschlich unheimlich enttäuscht".

Andere Chefs arbeiten subtiler: Untergebene werden durch den Verlust von Statussymbolen (Dienstwagen, Mobiltelefon, Spesenkonto) abgestraft oder auf sinnlose Dauer-Reisen geschickt; so schlug der Geschäftsführer eines Münchner Unternehmens seinem Betriebsleiter vor: „Wenn Sie nicht gehen wollen, können Sie von jetzt an in sämtlichen Filialen nach dem Rechten sehen." Der derart Drangsalierte „hatte keine Lust, dämlich durch die Gegend zu gammeln" – und ließ sich vorzeitig pensionieren.

Ist der Krach erst da, gehen beide Seiten meist wenig zimperlich miteinander um. Ein Münchner Hausmeister etwa wähnte sich als „Bossing-Opfer" – und leitete daraus ein Recht auf Kündigung samt Abfindung ab. Die Arbeitgeberin beeindruckte das nicht.

Der Hausmeister drohte zunächst: „Wenn Sie mich nicht entlassen und zahlen, dann werde ich kriminell und ziehe Sie da mit rein". Als das nicht wirkte, schoß er mit einem Gasrevolver auf seine Chefin. Das Arbeitsverhältnis endete natürlich ohne Abfindung – mit einer Anklage wegen versuchten Totschlags. ❑

Feiertage

Ohr am Volk

Die Baden-Württemberger wollen ihren Pfingstmontag wiederhaben.

Wenn Walter Weitmann an das nächste Pfingstfest denkt, ergreift ihn schon jetzt heiliger Zorn. Der Präsident des Verbandes der Schausteller und Marktkaufleute in Baden-Württemberg beschwört nicht nur eine Spaltung der Nation in festlich feiernde Deutsche ringsum und schuftende Werktätige im eigenen Ländle. Mehr noch fürchtet der Schwabe für sich und die Seinen ums Geld.

Der Pfingstmontag war bislang in Baden-Württemberg vielerorts Kirmestag und wegen des meist schönen Wetters eine lukrative Einnahmequelle für das Schausteller-Gewerbe.

Doch 1995 sollen die Süddeutschen an diesem Tag arbeiten: Als einziges Bundesland hat Baden-Württemberg den Pfingstmontag abgeschafft, um die Pflegeversicherung zu finanzieren.

Um den Feiertag im Frühling doch noch zu retten, hat Weitmanns Verband, der das ambulante Gewerbe, Schiffschaukelbetreiber und fliegende Händler vertritt, zu einem Volksbegehren aufgerufen. Bekommen die Initiatoren rund 1,2 Millionen Unterschriften zusammen, muß das Landesparlament über das im vergangenen November erlassene Feiertagsgesetz neu beraten.

Die Aussichten stehen gut. Auf Märkten und Volksfesten haben die Schausteller in den letzten Wochen bereits 30 000 Unterschriften gesammelt. Das langt längst, um ein Volksbegehren zu beantragen. Nun muß das Innenministerium die Unterschriften prüfen.

Haben die Bürokraten keine Einwände, werden in den Gemeindeämtern und Rathäusern demnächst Listen ausliegen, in die sich nicht nur Kirmesfreunde eintragen.

Sportvereine, Jugendgruppen und Familienverbände wollen auf Turniere, Zeltlager und besinnliche Pfingsttreffen nicht verzichten, Hoteliers und Gastwirte um Ausflugsgäste und Wochenendurlauber kämpfen.

Das Volk will seinen freien Pfingsttag wiederhaben und lieber, wie die meisten Deutschen, außer in Sachsen, auf den tristen evangelischen Buß- und Bettag im November verzichten.

Selbst die Arbeitgeber, denen allein der neue Arbeitstag nützt, sind sauer: Da der Pfingstmontag auch künftig schulfrei sein soll und Arbeitnehmern an diesem Tag, wenn sie es wünschen, Urlaub zusteht, fürchtet die Industrie Chaos und Einbußen bei der Produktion.

STOPPEL + KLINK

Teufel

Dabei wollte der Anstifter des Unheils, der streng katholische Ministerpräsident Erwin Teufel, eigentlich nur den Protestanten etwas Gutes tun. Er schlug den Pfingstmontag als Opfer an die Pflegeversicherung vor, damit die Evangelischen „ihren einzigen spezifischen Feiertag" (Teufel) im Jahr nicht verlieren.

Doch nicht einmal die Oberhirten danken es Teufel. Die Kirchen seien gegen jede Feiertagsstreichung, verkündete der Landesbischof und Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschlands, Klaus Engelhardt.

Auch viele CDU-Politiker setzen sich – das Ohr dicht am Volk – inzwischen von Teufel ab. Denn im Frühjahr nächsten Jahres steht die Wahl des neuen Stuttgarter Landtags an.

Die baden-württembergischen CDU-Abgeordneten im Bundestag sannen schon mal vorsorglich darüber nach, wie die Union das Volksbegehren für eigene Zwecke „instrumentalisieren" könne, so Otto Hauser, Chef der Landesgruppe in Bonn. Ein Vorschlag: Die Bürger sollen selbst Feiertage, die gestrichen werden könnten, auswählen.

Der frühere Stuttgarter Innenminister und jetzige CDU-Bundestagsabgeordnete Dietmar Schlee forderte den Ministerpräsidenten öffentlich auf, „den Feiertagsirrweg" zu verlassen und den Fehler „anständig und aufrecht" zu korrigieren. Teufels Verkehrsminister Hermann Schaufler, auch Präsident des Landesfremdenverkehrsverbandes, setzte noch eins drauf: Er werde das Volksbegehren unterstützen, ließ er seine Wähler wissen.

Spaß am CDU-internen Streit haben die Sozialdemokraten. Sie wollten ursprünglich auch in Baden-Württemberg im Interesse einer bundeseinheitlichen Regelung den Buß- und Bettag opfern, drangen beim Koalitionspartner CDU damit aber nicht durch. In der Abstimmung enthielten sie sich schließlich.

Die passende Mahnung an Teufel zur Umkehr fand SPD-Landeschef Ulrich Maurer in der Bibel, beim Evangelisten Lukas, Kapitel 15, Vers 7: „Der Herr freut sich über einen reuigen Sünder allemal mehr als über 99 Gerechte."